Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 6

Artikel: Die Planwirtschaft in der Sowjetunion
Autor: Domanewskaja, Olga
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-329666

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Lebens mit Füßen tritt? Stehen die vom Priester gesegneten Bajonette auch im Dienste der „Unverletzlichkeit"? Oder kommt die Verteidigung des Besitzes doch vor der „Heiligkeit" des Lebens?

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle eingehend Stellung zu nehmen zur gesamten vielgliedrigen Fürsorgearbeit, zu welcher wir uns gleichzeitig mit der Bejahung des Zeugungswillens verpflichten. Der Zweck dieser Zeilen ist erfüllt, die Frage endlich einmal in der schweizerischen Arbeiterbewegung zur Diskussion gestellt und in dem Chaos von Meinungsverschiedenheiten die sozialistische Linie, die aus dem Wirrwarr herausführt, aufgezeigt zu haben.

Die Planwirtschaft in der Sowjetunion.

Von Olga Domanewskaja.

Die russischen Kommunisten erblicken eines der charakteristischsten Merkmale des Sowjetsystems in der Möglichkeit einer Verwirklichung organisierter Planwirtschaft.

Diese „Planwirtschaft" veränderte indes ihren Inhalt mit den Wandlungen, die die Wirtschaftspolitik des Sowjetstaates durchmachte. In der Periode des Kriegskommunismus wurde der Versuch einer durchgängigen planwirtschaftlichen Organisation unternommen, der bei allgemeinem Rückgang der Produktion sich im wesentlichen auf die planwirtschaftliche Regelung der Warenbeschaffung und Warenverteilung konzentrierte. Die Unzulänglichkeit dieses Systems, das mit den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes im Widerspruch stand, brachte die Sowjetregierung zum Zusammenprall mit einer Welle von Bauernaufständen und mit der Erhebung von Kronstadt, und die Bolschewiki sahen sich 1921 gezwungen, auf dieses System endgültig zu verzichten.

Mit dem Uebergang zur Neuen Wirtschaftspolitik wird die Struktur der russischen Wirtschaftsorganisation sehr viel komplizierter. Neben dem vergesellschafteten „Sektor" der staatlichen und genossenschaftlichen Wirtschaft besteht der privatwirtschaftliche Sektor. Als Eigentümer einer gewaltigen wirtschaftlichen Organisation muß der Sowjetstaat naturgemäß bestrebt sein, in diese Organisation eine bestimmte Ordnung hineinzutragen und ihr Funktionieren auf der Basis eines bestimmten Wirtschaftsplanes zu organisieren. Und diese planwirtschaftliche Regelung muß der Staat vornehmen, eingekreist von den elementaren Gewalten der Privatwirtschaft, der Bauernwirtschaft im Inland, der großkapitalistischen Wirtschaft in der ihn umgebenden Außenwelt.

In dem Versuch, eine organisierte, planmäßig geleitete Wirtschaft im Rahmen des gesamten volkswirtschaftlichen Organismus aufzubauen, verrichtet der Sowjetstaat eine Pionierarbeit, die keinerlei Präzedenzfälle kennt: weder in der Wirtschaftsgeschichte der vergangenen Epochen noch in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Struktur des kapitalistischen Westens. Das kapitalistische System liefert mehr oder minder vollkommene

Musterbeispiele einer rationellen innern Organisation einzelner Unternehmungen, großer Trusts. Aber antagonistisch in seinem Wesen, konnte es natürlich in keiner Weise irgendein Vorbild planmäßig organisierter Volkswirtschaft hervorbringen. Deswegen beansprucht das russische Experiment die größte Aufmerksamkeit aller sozialistischen Kreise; es wäre ein unverzeihlicher Doktrinarismus, würde man sich wegen der politischen Differenzen mit den Kommunisten weigern, aus ihren Fehlern und ihren Erfolgen zu lernen.

Mit Rücksicht auf den beschränkten Raum nicht in der Lage, bei den Methoden und Formen der planwirtschaftlichen Organisation im einzelnen zu verweilen, wollen wir nur auf die wichtigsten Momente der geleisteten Arbeit eingehen.

Die Sowjetunion hat ihre besonderen planwirtschaftlichen Behörden. Zur Aufstellung allgemeinwirtschaftlicher Pläne und Leitlinien wurde im Jahre 1921 der Staatliche Planausschuß („Gosplan") berufen. Zu gleicher Zeit wurden in den Verwaltungsorganen der einzelnen Republiken und Staatsgebiete besondere lokale Planausschüsse gegründet, denen die planwirtschaftliche Organisation des Wirtschaftslebens der einzelnen Bezirke zufallen sollte.

In der ersten Periode der Nep (Neue Wirtschaftspolitik) war jedoch die wirtschaftliche Lage des Landes eine solche, daß weder der Staatliche Planausschuß noch die andern planwirtschaftlichen Behörden die Möglichkeit hatten, einen allgemeinen Wirtschaftsplan aufzustellen, sondern daß sie vielmehr gezwungen waren, ihre ganze Kraft für die Ausfindigmachung der gerade fälligen Maßnahmen zur Ueberwindung der Krisen und Stockungen des Wirtschaftsprozesses anzuspannen.

Erst 1924, als der Wiederaufbauprozeß erheblich gediehen war, die Produktion in Gang gebracht und die Währungsreform, die dem Lande eine stabile Währung gewährleistete, durchgeführt worden war, unternahm man den Versuch, einen Operationsplan für die gesamte Volkswirtschaft für das kommende Wirtschaftsjahr aufzustellen. Ein solcher Wirtschaftsplan, der die Bezeichnung „Kontrollziffern der Volkswirtschaft" erhielt, wurde erstmalig für das Wirtschaftsjahr 1925/26 aufgestellt, zum zweitenmal für 1926/27 ausgearbeitet und zum drittenmal für das laufende Jahr 1927/28 vorgezeichnet. Die „Kontrollziffern" stellen den Versuch einer wissenschaftlichen Vorausberechnung der Wirtschaftsprozesse des kommenden Jahres und der Aufstellung eines Planes entsprechender staatlicher Wirtschaftspolitik dar.

Die einzelnen Zweige der Volkswirtschaft bereiten auf Grund der vorhandenen Materialien über die verfügbaren wirtschaftlichen Ressourcen und die voraussichtlichen Entwicklungsaussichten die Operationspläne für ihren Wirkungsbereich vor. Der Staatliche Planausschuß nimmt zum Ausgangspunkt seiner Arbeit den Stand eines der Zweige der Volkswirtschaft, für gewöhnlich der Industrie, als des zentralen Hebels des vergesellschafteten Sektors des wirtschaftlichen Organismus. Er hat die Realisierbarkeit des Industrieplanes, der vom Obersten Volkswirtschaftsrat vorgelegt wird, zu prüfen und gegebenenfalls, wenn die sich jeweils

abzeichnenden Perspektiven der Entwicklung der andern Zweige der Volkswirtschaft dies erfordern, diesen Plan den nötigen Abänderungen zu unterwerfen. Der so beschlossene Industrieplan wird zu der Basis, mit der die Pläne des Staatshaushaltes, des Warenumlaufs, der Geldzirkulation usw. koordiniert werden, und das Ergebnis dieser Koordinierungsarbeit ist der allgemeine Wirtschaftsplan. Es entsteht ein allseitig verbundenes Zahlensystem, das die Bilanz der Volkswirtschaft, die Bestimmung der Gleichgewichtsbedingungen ihrer einzelnen Bestandteile ergibt.

Neben den jährlichen Wirtschaftsplänen wird gegenwärtig ein Perspektivplan für das Jahrfünft, das die Wirtschaftsjahre von 1927/28 bis 1931/32 umfaßt, aufgestellt, in dem der grundlegende Wirtschaftsaufbau in der Industrie, der Elektrifizierungsarbeit, dem Verkehrswesen Berücksichtigung finden soll.

Die zu beantwortende Frage ist dann die: In welchem Maße ist es gelungen, eine wirkliche Planwirtschaft mit harmonischem Gleichgewicht der einzelnen Bestandteile in Gemäßheit mit diesen Plänen aufzubauen?

Vor allem muß auf die Mängel der rechnungsmäßigen Erfassung der Wirtschaft, die diesen Plänen zugrunde liegt, hingewiesen werden. In der Einleitung zu den „Kontrollziffern für 1926/27" schrieben die Herausgeber: „Das hauptsächlichste Hindernis, das sich der Arbeit der Aufstellung der „Kontrollziffern" entgegenstellt, ist der äußerst unbefriedigende Stand der Statistik in der Sowjetunion." Aber wenn auch die statistischen Zahlen einen unbedingten Wahrheitswert beanspruchen dürften — und die Statistik und die entsprechenden Arbeitsmethoden sind in der Sowjetunion im Laufe der Jahre wesentlich verbessert worden —, so wäre doch die Aufstellung eines in vollem Umfange realisierbaren Wirtschaftsplanes in dem Maße unmöglich, als dies durch Faktoren materieller Natur verhindert wird: die niedrige Stufe, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes erreicht hat, und das Nebeneinanderbestehen eines staatlichen und eines privaten Sektors der Volkswirtschaft.

Schon die „Planierung" des einen gewaltigen staatlichen Sektors der Wirtschaft begegnet, soll sie nicht allein auf dem Papier stehen, sondern auch tatsächlich verwirklicht werden, bei der Begrenztheit der materiellen Ressourcen und der Unzulänglichkeit des Apparates außergewöhnlichen, nicht immer überwindbaren Schwierigkeiten. Um wieviel mehr kompliziert sich die Situation, wenn der vergesellschaftete Wirtschaftssektor von den spontanen Gewalten der Privatwirtschaft umgeben ist, die auf die aufgestellten Wirtschaftspläne eine umwälzende Einwirkung ausüben!

Das Problem des Nebeneinanderbestehens einer vergesellschafteten staatlichen und einer privaten Wirtschaft wird sich aber in jedem Falle dem Proletariat, das die Macht im Staate in der Zeit des Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus ergreift, aufdrängen. Geht man von der herrschenden Auffassung von einer etappenweise durchzuführenden Sozialisierung aus, so muß man annehmen, daß in der Uebergangszeit die gesellschaftliche Produktion und das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln bei gleichzeitiger partieller Erhaltung der kapitalistischen Produktion werden bestehen müssen. Das Proletariat wird also

vor der Aufgabe stehen, die gesamte Wirtschaft auf dem Wege der Einbeziehung der noch bestehenden Privatwirtschaft in die Sphäre der wirtschaftlichen Einwirkung des Staates planmäßig zu organisieren und zu leiten.

Bei aller äußern Aehnlichkeit des Problems des „Nebeneinanderbestehens", wie es sich für den Sowjetstaat darstellt und wie es sich für das Proletariat der Uebergangszeit ergeben mag, besteht doch ein tiefgreifender Unterschied in den ökonomischen Voraussetzungen der wirtschaftlichen Organisation, in deren Rahmen dieses Problem heute gelöst wird und in deren Rahmen es später einmal wird gelöst werden müssen.

Die Machtergreifung durch das Proletariat im kapitalistischen Westen kann in der gegenwärtigen Epoche nur vor sich gehen in den Bedingungen eines hochentwickelten Kapitalismus, einer hohen Produktionstechnik, einer starken Konzentration des Kapitals, eines geringen spezifischen Gewichtes der Bauernwirtschaft und des Kleingewerbes. Die Eroberung der wirtschaftlichen Kommandohöhen wird dem Proletariat den überwiegenden Einfluß im wirtschaftlichen Leben sichern. Anders ist die Situation im heutigen Rußland. Die Bauern bilden hier ungefähr 80 Prozent der Bevölkerung, bei 146 Millionen Einwohnern beträgt die zahlenmäßige Stärke des industriellen Proletariats kaum 3 Millionen. Die Produktionstechnik der russischen Industrie, auch in der Vorkriegszeit außerordentlich gering, verfiel und regressierte noch mehr unter dem Einfluß der Zerstörungen, die Bürgerkrieg und imperialistischer Krieg verursacht hatten. Von der Gesamtbruttoproduktion der Volkswirtschaft im Jahre 1926/27 im Betrage von 31,7 Milliarden Tscherwonetzrubeln werden im vergesellschafteten Sektor (staatliche und genossenschaftliche Wirtschaft) 11,8 Milliarden Rubel an Werten erzeugt, im privatwirtschaftlichen Sektor rund 20 Milliarden, davon im Rahmen der Bauernwirtschaft allein 18,1 Milliarden.

Betrachten wir die entscheidenden Entwicklungslinien der russischen Wirtschaft in den vergangenen Jahren, so sehen wir, wie sehr die unzulängliche materielle Basis den Aufbau einer organisierten Planwirtschaft behindert.

Der Sowjetstaat legt im Wege der planwirtschaftlichen Erfassung den Umfang der industriellen Produktion fest. Aber der Kapitalmangel erlaubt es nicht, die Produktion bis zu dem für die Befriedigung der dringlichsten Bedürfnisse der Bevölkerung nötigen Umfang zu erweitern und eine technische Umstellung der Betriebe vorzunehmen, deren unbefriedigender Stand die hohen Gestehungskosten und die schlechte Qualität der Erzeugnisse bedingt. Das Dorf, das die Waren in nicht ausreichender Menge, in schlechter Qualität und zu überhöhten Preisen erhält, ist gleichzeitig gezwungen, die eigenen Produkte zu den niedrigen Preisen abzugeben, die der Staat als monopolistischer Käufer diktiert („Preisschere"). Infolgedessen zieht es der Bauer, obgleich das potentielle Fassungsvermögen des Bauernmarktes sehr groß ist, vor, auf den Ankauf von Industrieerzeugnissen, außer deren, die er sehr dringend bedarf, zu verzichten und bringt sein Getreide nicht auf den Markt. Die Getreidebereitstellungen des

Staates vermindern sich, die Ausfuhr geht zurück. Indes bestimmt der Umfang der Ausfuhr in der Sowjetunion die Höhe des verfügbaren Valutafonds, die Möglichkeit, Waren aus dem Ausland einzuführen. Die Verringerung der Ausfuhr führt letzten Endes zu einer Einschränkung der industriellen Produktion, deren planwirtschaftlich bestimmter Umfang von der Annahme einer höhern Einfuhr an industriellen Maschinen und Rohstoffen ausging.

Der Versuch des Sowjetstaates, die für den Industrieaufbau und die Verbesserung des Verkehrswesens erforderlichen Mittel auf dem Wege der Geldemission zu beschaffen, verursacht inflationistische Erscheinungen, die die Volkswirtschaft erheblich desorganisieren.

Wirtschaftliche Disproportionalität, „Rechenfehler", ein ewiges Hin und Her vom Warenhunger zu Absatzschwierigkeiten, von der Verminderung zur Erweiterung der Produktion: das sind die Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion, die am allerwenigsten erlauben, von der Verwirklichung der Planwirtschaft als eines harmonischen Wirtschaftssystems zu sprechen.

Eine Planwirtschaft als allseitig organisiertes System des Wirtschaftens ist in der Sowjetunion nicht vorhanden. Die Feststellung dieser Tatsache bedeutet aber nicht, daß auch alle Elemente planwirtschaftlicher Regelung innerhalb der Sowjetwirtschaft, daß auch die bedeutende Rolle der staatlichen Planorganisation und Planregelung der Wirtschaft geleugnet würden.

Von vornherein muß bemerkt werden, daß auch die planwirtschaftliche Regelung der stetigen Beeinflussung durch die elementaren Gewalten der Privatwirtschaft unterliegt, und dort, wo der Staat eine planwirtschaftliche Regelung entgegen den Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes versucht, werden diese Wirtschaftspläne von der Spontaneität der Entwicklung vernichtet oder wird das Ergebnis der durchgeführten Pläne negativ ausfallen. Anderseits muß aber auch festgestellt werden, daß der Staat als Eigentümer großer wirtschaftschaftlicher Werte, der die Möglichkeit einer allgemeinen planwirtschaftlichen Leitung hat, in seiner Hand Vorteile vereinigt, die ein Staat des üblichen kapitalistischen Typus bei dem gleichen Stand der materiellen Ressourcen nicht würde aufweisen können. Wenn man auch mit der Wirtschaftspolitik des Sowjetstaates in einigen ihrer wichtigsten Grundsätze nicht übereinstimmt, muß man doch feststellen, daß eine Reihe von Errungenschaften der Sowjetwirtschaft nur möglich war unter der Bedingung einer staatlichen Regulierung des Wirtschaftslebens, sofern dieser Staat nicht die Interessen des Großkapitals mit seinen antagonistischen Tendenzen wahrnahm, sondern sich um die Organisation der Wirtschaft auf der Grundlage der höchstmöglichen Befriedigung der breiten Massen der Bevölkerung bemühte.

Die planwirtschaftliche Einwirkung äußert sich in erster Linie in der Möglichkeit, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes entsprechend den vom Staate bestimmten Grundaufgaben zu lenken. Der Kapitalmangel zwingt den Sowjetstaat, statt der maximalen Entfaltung der Produktiv-

kräfte in allen Zweigen der Volkswirtschaft den Weg einer enger begrenzten Entwicklung zu gehen. Einer der wichtigsten Streitpunkte in der Auseinandersetzung zwischen der stalinistischen Mehrheit und der Opposition liegt in der Diskussion darüber, welche Richtung der Entwicklung die richtigere sei. Während die Opposition den größtmöglichen Aufbau der Industrie auf Kosten der Bauernwirtschaft — „Ueberindustrialisierung"! — fordert, hält die kommunistische Parteimehrheit die Linie des Parallelaufbaues sowohl der Industrie (allerdings in geringerem Umfang, als dies von den Anhängern der „Ueberindustrialisierung" verlangt wird) wie auch der Landwirtschaft ein. Wie immer man die Richtigkeit des einmal gewählten Weges auch beurteilen mag, muß man doch sagen, daß, nachdem er einmal vorgezeichnet ist, der Staat in der Lage ist, die Aufgabe durch eine mehr oder minder planmäßige Politik der zuständigen Behörden zu verwirklichen. Die Bedürfnisse der Volkswirtschaft als Ganzes, nicht aber der Kampf verschiedener privater Interessen und nicht die Auseinandersetzung zwischen einzelnen kapitalistischen Gruppen bestimmen den Umfang der budgetären Finanzierung oder der bankmäßigen Kreditversorgung der einzelnen Zweige der Volkswirtschaft.

Die gleiche Tendenz kommt auch in der Ausdehnung der Industrie und der Neuinvestierung von Kapitalien im Industrieaufbau zum Ausdruck. In den kapitalistischen Ländern wird der Zustrom von neuen Kapitalien in die Produktion durch die relative Höhe der Profitrate in den einzelnen Industriezweigen bestimmt. Im Sowjetstaat treten bei dem industriellen Aufbau die Fragen der Profiterzeugung in den Hintergrund. Entscheidend ist das Bestreben, die Bedürfnisse der Bevölkerung in denkbar großem Umfange zu befriedigen. Gewiß rufen die materiellen Voraussetzungen, die mangelhafte Organisation der Wirtschaft und die Unzulänglichkeit des Apparates mannigfache Abweichungen von der eingeschlagenen Grundrichtung hervor, aber im Endergebnis bleibt die Grundtendenz bestimmend. So hat sich der Sowjetstaat im Interesse einer beschleunigten Industrialisierung des Landes die Aufgabe gestellt, zuerst die Produktionsmittel erzeugenden Zweige der Industrie zu fördern. In den ersten Jahren der Nep mußte er allerdings unter dem Drucke der im Auferstehen begriffenen Landwirtschaft, die vornehmlich die Ausdehnung der Erzeugung von Verbrauchsgegenständen heischte, nachgeben. Aber schon seit 1925 hat es der Sowjetstaat erreicht, daß das Wachstumstempo der Produktionsmittelindustrien das Tempo der Erweiterung der Konsumtionsmittelindustrien überholt. Und wenn auch der absolute Umfang der Produktionsmittelindustrien noch sehr gering ist, so wäre er zweifellos noch geringer ohne die planwirtschaftliche Einwirkung der Staatsmacht.

Bei aller Spontaneität des Wiederaufbaus der Sowjetwirtschaft ist es doch gelungen, eine Reihe von Industriezweigen erstarken zu lassen und dank der systematischen Einwirkung des Staates, der hier einen bestimmten Effekt erstrebte, bis zu einem Niveau zu heben, das mehr oder minder den Bedürfnissen der Volkswirtschaft entspricht. Wir sehen das beispielsweise in der Brennstoffindustrie, der der Staat als der

grundlegenden Basis der Entfaltung der Industrie besondere Aufmerksamkeit widmete. Obgleich vor dem Kriege die inländische Brennstofferzeugung nicht ausreichte und die Deckung des Bedarfes zur Einfuhr von Heizmaterialien aus dem Auslande zwang, hat man die Brennstofferzeugung innerhalb der Sowjetunion im Laufe der letzten Jahre so weit steigern können, daß die Bedürfnisse des Landes befriedigt werden.

Eine bestimmte planwirtschaftliche Leitung ist auch bei der Reorganisation und Rationalisierung der Produktion erzielt worden. Bei allen Mängeln und Unzulänglichkeiten dieser Arbeit hat sie im Endergebnis dennoch positive Resultate gezeitigt. Die Konzentration der Produktion unter Stillegung der kleineren und technisch ungünstigeren Betriebe, unter Vereinigung des besten maschinellen Inventars in den besteingerichteten Fabriken und Werken, die Rationalisierung des Produktionsprozesses, die Standardisierung, — all diese Maßnahmen, die für die höchste Entfaltung und die Verbesserung der Leistung der Industrie unumgänglich sind, wurden entsprechend den allgemeinen regulierenden Direktiven der staatlichen Organe verwirklicht.

Nur auf der Grundlage einer allgemeinen planwirtschaftlichen Leitung kann der Sowjetstaat überhaupt mit den geringen Mitteln manövrieren, die ihm zur Verfügung stehen. Bei dem Uebergang zur Nep vertraten viele Kritiker des Sowjetsystems die Auffassung, daß ohne den Zufluß von großen Auslandskrediten die Sowjetwirtschaft zu einem weiteren Zerfall verurteilt sein werde. Unterdes ist die Sowjetwirtschaft, obgleich Rußland solcherlei Kredite nicht erhalten hat, im stetigen Wiederaufbau begriffen gewesen und hat bereits das Vorkriegsniveau erreicht. Freilich bildet der Kapitalmangel die Quelle ständig wiederkehrender wirtschaftlicher Schwierigkeiten und steckt dem weiteren wirtschaftlichen Aufschwung enge Grenzen. Wenn man aber berücksichtigt, daß der Wiederaufbauprozeß in Deutschland, einem Lande mit viel besser erhaltenen Produktivkräften, mit einem viel größeren Kapitalreichtum, in der Hauptsache mit Hilfe der zuströmenden ausländischen Kapitalien durchgeführt wurde, so kann man sich den Wiederaufbau der russischen Wirtschaft ohne eine Hilfe von außen nur erklären, wenn man weiß, daß hier in gewissem Umfange eine allgemeine staatliche Leitung der Wirtschaft vorhanden war, die zwar in ihrer Politik behindert wurde, durch die elementaren Einwirkungen der privatwirtschaftlichen Gewalten, die aber nicht gestört wurde durch zentrifugale Interessen kapitalistischer Gruppen.

Die regulierende Rolle des Staates ist auch in der Ebene des Geldumlaufes und des Kreditwesens zu verzeichnen. Der Kapitalmangel veranlaßt den Staat, den grundlegenden Aufbau der Industrie und des Verkehrswesens aus der Notenemission zu speisen, was unvermeidlich zu inflationistischen Erscheinungen führt. Da aber der Sowjetstaat zur Notenausgabe nicht durch die Interessen einflußreicher Gruppen der Finanz, die von der Inflation profitieren, sondern durch den Mangel an eigenen finanziellen Hilfsquellen getrieben wird, führt er eine vorsichtigere Politik, meistens, wenn auch bei weitem nicht immer mit Erfolg,

bestrebt, den Kurs des Tscherwonetz nicht ins Wanken zu bringen. Das Lavieren im Zeichen der Erhaltung der Währungsstabilität bewahrt die russische Währung zweifellos vor einer übergroßen Entwertung. Ebenso gelingt es dem Sowjetstaat auch im Kreditwesen, bald durch Restriktion, bald durch Erweiterung der Kreditgewährung, die wirtschaftliche Konjunktur und den Stand der Währung zu beeinflussen.

Dem Zweck der regulativen Beeinflussung der Währungslage dient faktisch auch das Außenhandelsmonopol. Dieses Monopol in seiner heutigen Form behindert sehr wesentlich die Entfaltung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland, es ist aber, wenn man von seiner Form absieht, seinem Wesen nach ein Regulator, der ein bestimmtes Gleichgewicht zwischen Ausfuhr und Einfuhr erreichen hilft. Wenn sich eine Verringerung der Ausfuhr als wahrscheinlich herausstellt, wird auch die Einfuhr vermindert, wodurch der Abfluß von Valutawerten aus dem Lande verhindert und der Kurs des Tscherwonetz gestützt werden kann.

Besonders kompliziert sind die Aufgaben des Staates in bezug auf den landwirtschaftlichen und industriellen Warenmarkt, weil sich hier der Zusammenstoß zwischen dem staatswirtschaftlichen und dem privatwirtschaftlichen Prinzip am deutlichsten zeigt. Auf dem Gebiete der Regulierung der Agrarpreise schreibt der Staat als nahezu monopolistischer Käufer dem Dorfe niedrige Verkaufspreise vor. Aber die Bauern setzen sich zur Wehr, indem sie den Verkauf ihrer Erzeugnisse und weiterhin auch die Anbaufläche einschränken, wie es 1925/26 in der Nutzpflanzenwirtschaft geschah. In bezug auf Großhandelspreise der Industrieerzeugnisse führt der Staat, da er ja fast den ganzen Produktionsapparat in seiner Hand hat, die Preissenkungstendenz durch, obgleich der Stand der technischen Ausrüstung der Betriebe außerordentlich hohe Gestehungskosten bedingt. Geraten aber die Waren in den Einzelhandel, so wachsen die Preise ungemessen, weil der Warenmangel und das Fehlen jeglicher Vorräte die Preise in die Höhe treiben und den Staat im Kampfe mit den elementaren Kräften des Marktes zur Ohnmacht verurteilen.

Die privatwirtschaftliche Regulierung durch den Staat wirkt auf den Charakter der Krisen der Sowjetwirtschaft ein. Die bloße Tatsache der Krisen zeugt davon, wie groß die Rolle der elementaren Faktoren in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, wie weit von der Verwirklichung entfernt jene Planwirtschaft ist, von der die Kommunisten sprechen. Bei alledem muß aber gesagt werden, daß es kraft der regulierenden staatlichen Einwirkung gelingt, die Krisen zu lokalisieren und ihre zerstörerische Wirkung abzuschwächen. Ist die Stockung in irgendeinem Bezirk des wirtschaftlichen Ganzen festgestellt, so hat der Staat die Möglichkeit, den Wirtschaftsplan entsprechend der veränderten Konjunkturlage abzuändern und die Ausdehnung der Krise auf weitere Bestandteile der Volkswirtschaft aufzuhalten. In kritischen Momenten gibt die staatliche Regulierung die Handhabe, das Absinken der wirtschaftlichen Karre ohne akute Erschütterungen, unter Anlegung von Bremsen vor sich gehen zu lassen.

*

Die Kommunisten pflegen mit dem Begriff der Planwirtschaft zu jonglieren, ohne seinen Inhalt näher zu definieren. Geht man von dem Begriffe der Planwirtschaft als einer nach einheitlichem Plan, ohne Krisen, unter stabilem Gleichgewicht aller Bestandteile funktionierenden Wirtschaft aus, so muß man mit allem Nachdruck betonen, daß eine solche Planwirtschaft in der Sowjetunion nicht vorhanden ist, daß ihre Voraussetzungen in der wirtschaftlichen Struktur des Landes fehlen. Was wir aber in der Sowjetwirtschaft vorfinden, ist ein planmäßig regulierender und leitender Einfluß des Staates auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Die planwirtschaftliche Regulierung im Sowjetstaat unterscheidet sich von den kapitalistischen Formen der Regulierung der Wirtschaft sowohl durch die Größe ihres Zieles — „Planierung" der gesamten Volkswirtschaft, etwas, was im scharfen Widerspruch zu dem antagonistischen Wesen des Kapitalismus steht — als auch durch ihren sozialen Inhalt: das Bestreben, die Interessen der Werktätigen wahrzunehmen. Die Wirkung der planwirtschaftlichen Prinzipien bei aller Begrenztheit ihrer Realisierbarkeit ist ein wesentlicher Faktor in der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion. Und trotz aller kritischen Einstellung zu den Grundlagen des russischen Wirtschaftssystems und zu manchen Details der Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung kann man nicht umhin, festzustellen, daß der Wiederaufbauprozeß ohne staatliche Regulierung schmerzvoller und langsamer vor sich gegangen sein, die Daseinsbedingungen des russischen Proletariats schwieriger gestaltet haben würde.